

STADT BIBERACH

Kämmereiamt

Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage



Stand: 31.12.2010

1. Ausgangssituation

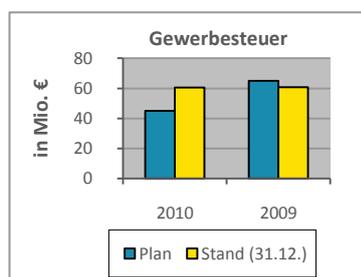
Die vom Gemeinderat am 21.12.2009 beschlossene Haushaltssatzung 2010 wurde am 27.01.2010 vom Regierungspräsidium Tübingen genehmigt und am 08.02.2010 öffentlich bekannt gemacht.

In regelmäßigen Abständen wird der Gemeinderat über die aktuelle Haushaltssituation in Form eines Berichts informiert.

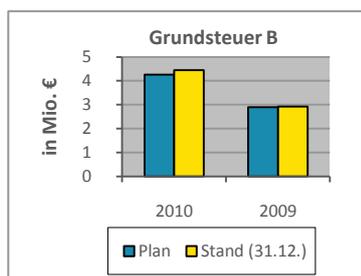
2. Wesentliche Planabweichungen

2.1 Verwaltungshaushalt

2.1.1 Einnahmen

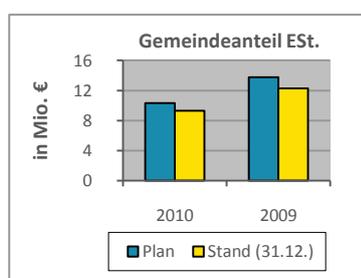


Die **Gewerbsteuereinnahmen** liegen zum 31.12.2010 bei 60,47 Mio.€ und somit um 15,47 Mio.€ über dem Planansatz (45,00 Mio.€). Wie bereits im letzten Quartalsbericht erwähnt, reduzierte sich damit das Aufkommen im letzten Quartal um rund 1,66 Mio.€ aufgrund von Herabsetzungen von Vorauszahlungen. Nach Abzug der zu erwartenden Gewerbesteuerumlage von 12,97 Mio.€ ergibt sich zum Jahresende ein Netto-Aufkommen von 47,50 Mio.€ (Vorjahr: 48,61 Mio.€). Damit ist der noch bei der Haushaltsplanung befürchtete Rückgang aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise ausgeblieben.

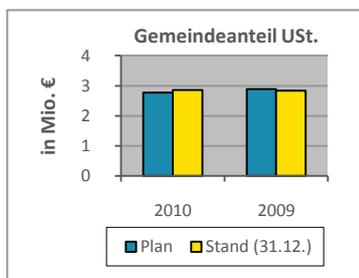


Mit der Haushaltssatzung 2010 wurde vom Gemeinderat die Erhöhung der Grundsteuer A und B von 200 auf 300 Prozentpunkte beschlossen. Die Jahresveranlagungen bei der **Grundsteuer A** verlaufen planmäßig. Bei der **Grundsteuer B** kommt es zu Mehreinnahmen durch Nachveranlagungen aus Vorjahren von rund 181.000 €.

Die übrigen Steuereinnahmen verlaufen derzeit weitgehend planmäßig. Bei der **Vergnügungssteuer** liegen zwischenzeitlich auch gegen die rückwirkend zum 01.04.2009 in Kraft getretene Satzung Klagen von zwei Spielhallenbetreibern vor. Somit besteht hier nach wie vor ein Risiko, bereits vereinnahmte Steuern anteilig zurückerstatten zu müssen. Mit einer Gerichtsentscheidung wird noch im Jahr 2011 gerechnet.



Beim **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** beträgt das Landesaufkommen für das Jahr 2010 nun 3,96 Mrd.€ und fällt somit um 0,36 Mrd.€ besser aus, als im Haushaltserlass des Landes prognostiziert (3,60 Mrd.€). Die Stadt hat ihrer Haushaltsplanung einen Gemeindeanteil in Höhe von 3,30 Mrd.€ zugrunde gelegt. Damit ergeben sich jetzt Mehreinnahmen in Höhe von rund 2,10 Mio.€. Die endgültige Höhe des Gemeindeanteils wird den Kommunen erst im 1. Quartal 2011 bekannt gegeben.



Nach der November-Steuerschätzung beträgt das Landesaufkommen des **Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer** 485 Mio. €, wie im Haushaltserlass für das Jahr 2010 prognostiziert. In Biberach haben wir bei der Planung ein Aufkommen von 470 Mio. € unterstellt, mit der Folge von Mehreinnahmen mit rund 89.000 €. Die endgültige Höhe des Gemeindeanteils wird den Kommunen erst im 1. Quartal 2011 bekannt gegeben.

Beim **Familienleistungsausgleich** geht das Land derzeit von einem Zuweisungsbetrag von 423 Mio. € aus. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung wurde mit einem Betrag von 332 Mio. € kalkuliert, da die vom Bund beschlossene Erhöhung des Kindergeldes im Rahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes nicht eingerechnet war. Für das Jahr 2011 ergeben sich somit Mehreinnahmen von 370.000 €. Auch bei den **Schlüsselzuweisungen vom Land** ergeben sich aufgrund erhöhter Kopfpauschalen Mehreinnahmen von ca. 160.000 €. Die **sonstigen Zuwendungen nach dem Finanzausgleichsgesetz** (FAG) verlaufen planmäßig.

Bei den **Gebühren und Entgelten** kommt es bei den Parkgebühren nach den Prognosen des Ordnungsamtes zu Wenigereinnahmen von ca. 244.000 €. Die Gründe hierfür sind vielfältig und werden in einer separaten Vorlage des Ordnungsamtes gesondert erläutert. Die Bauprüfungs- und Verwaltungsgebühren reduzieren sich gegenüber dem Planansatz um 50.000 € aufgrund der zurückgehenden Anzahl an Bauanträgen.

Bei den **Miet- und Pachteinnahmen** für die städtischen Gebäude kommt es nach Angaben des Gebäudemanagements zu Mehreinnahmen von rund 65.000 € aufgrund höherer Erträge für die Bleicherstraße und die Untere Schranne. Die Verwaltung der restlichen städtischen Wohngebäude ist seit dem 01.01.2006 auf den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach übergegangen.

Der geringe Bewirtschaftungsstand bei den **Inneren Verrechnungen** gleicht sich durch entsprechend niedrige Ausgaben wieder aus.

Bei den **Zuschüssen des Landkreises** für den Öffentlichen Personennahverkehr kommt es, wie bereits im letzten Quartal berichtet, zu Wenigereinnahmen in Höhe von ca. 324.000 € aufgrund von Rückerstattungen für das Jahr 2009 und Anpassung der Vorauszahlungen für das Jahr 2010. Ausschlaggebend hierfür ist das niedrigere Defizit der Stadtwerke in der Sparte ÖPNV.

Durch die Neuregelung der **Kindergarten- und Kleinkindförderung** des Landes im Jahr 2009 kommt es nach Angaben des Amtes für Bildung, Betreuung und Sport zu Mehreinnahmen beim Kindergartenlastenausgleich von 175.000 €. Dem stehen aber deutlich höhere Ausgaben gegenüber. Die Abschlagszahlungen bei den **Sachkostenbeiträgen** der Schulen erfolgen planmäßig.

Aufgrund der Leitzinssenkungen der Europäischen Zentralbank sind die Zinssätze für Geldanlagen seit Oktober 2008 im Keller. Daher werden momentan Geldanlagen eher kurzfristig angelegt, um einerseits im Hinblick auf den Neubau des Bildungszentrums eine ausreichende Liquidität sicherstellen und andererseits schnell auf eine veränderte Finanzmarktlage reagieren zu können. Dies wirkt sich negativ auf die **Zinsen aus Geldanlagen** aus. Darüber hinaus wurden ursprünglich geplante Ausschüttungen von Erträgen dem Anlagebetrag zugeschlagen, um so durch den Zinseszins-Effekt et-

was höhere Renditen erzielen zu können. Insgesamt kommt es dadurch im Jahr 2010 zu Wenigereinnahmen von knapp 1,55 Mio. €.

Die Erträge aus den Geldanlagen der Rückstellungen werden diesen direkt zugeschlagen, weil bei der Bildung der Rückstellungen auch eine entsprechende Verzinsung unterstellt wurde. Je nach Höhe der Rückstellungen hat dies auch entsprechende Auswirkungen auf die Verzinsung.

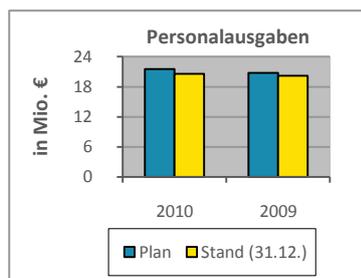
Aufgrund der im Jahr 2009 beschlossenen Anlagestrategie (Dr. Nr. 94/2009) wurden den Stadtwerken Biberach und dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung Darlehen in Höhe von insgesamt 6 Mio. € gewährt, was im Jahr 2010 bei der Stadt zu ungeplanten **Zinseinnahmen aus Darlehen** von rund 94.000 € führt.

Im Bereich **Konzessionsabgaben** liegen die laufenden Abschlagszahlungen derzeit um 168.000 € über der Planung. Die endgültige Abrechnung erfolgt erst im 1. Quartal 2011.

Bei den **weiteren Finanzeinnahmen** kommt es nach Prognosen des Ordnungsamtes zu Mehreinnahmen aufgrund der Bußgelderhöhung und durch den Ausbau der Geschwindigkeitsüberwachungen in Höhe von rund 160.000 €. Die Einnahmen aus der **Vollverzinsung** der Gewerbesteuer liegen ca. 54.000 € über dem Planansatz, was jedoch durch in etwa gleich hohe Erstattungszinsen auf der Ausgabenseite kompensiert wird.

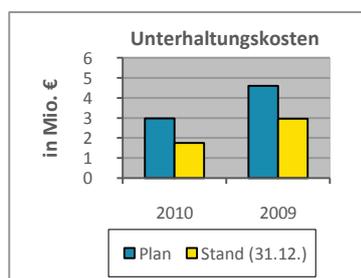
Die **kalkulatorischen Einnahmen** werden erst zum Jahresende verbucht. Diesen Einnahmen stehen dann in den verschiedenen Unterabschnitten Ausgaben in gleicher Höhe in Form von Abschreibungen und Verzinsung gegenüber.

2.1.2 Ausgaben

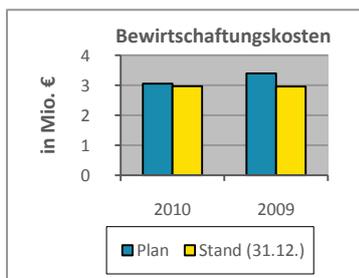


Bei den **Personalausgaben** ergibt sich nach den Berechnungen des Hauptamtes eine Einsparung von 400.000 €, trotz höherer Personalkosten aufgrund von Stellenvermehrungen im Bereich Bildung und Betreuung (Dr. Nr. 56/2010). Ursächlich hierfür ist der gegenüber der Planung um 1,3 % günstigere Tarifabschluss.

Seit dem Jahr 2005 bildet die Stadt Biberach im Vorgriff auf das neue Haushaltsrecht Rückstellungen für Altersteilzeit und seit 2006 auch für Beihilfe- und Pensionslasten, die in den Planansätzen der Personalausgaben enthalten sind. Die Höhe der notwendigen Zuführungen oder Auflösungen der Rückstellungen werden der Stadtverwaltung erst Anfang des Folgejahres vom Kommunalen Versorgungsverband mitgeteilt. Insoweit sind die Personalausgaben dann noch entsprechend anzupassen.



Die **Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen** verläuft weitgehend planmäßig. Aktuell sind 58,76 % der Mittel bewirtschaftet (Vorjahr: 64,25 %). Bei der Unterhaltung der Gebäude ist nach Angaben des Amtes für Gebäudemanagement mit Einsparungen in Höhe von 240.000 € zu rechnen. Bei den sonstigen Unterhaltungsmaßnahmen wie Straßen u. ä. wurden keine größeren Abweichungen gemeldet.



Die **Bewirtschaftungskosten** haben zum 31.12.2010 einen Stand von 96,93 % (Vorjahr: 87,40 %) des Planansatzes erreicht. Nach Auskunft des Gebäudemanagements kann hier mit keinen größeren Einsparungen gerechnet werden.

Die **Verwaltungs- und Betriebsausgaben** sind bisher mit 72,42 % (Vorjahr: 70,21 %) bewirtschaftet. Es wird derzeit von einem planmäßigen Ergebnis ausgegangen.

Bei den **Zuschüssen für laufende Zwecke** für den Kinderbetreuungs-bereich wirkt sich die Erhöhung der Abmangelbeteiligung von bisher 85 % auf nunmehr 93 % ab dem Jahr 2010 nach Angaben des Amtes für Bildung, Betreuung und Sport mit 259.000 € Mehrausgaben aus. Die Abrechnung mit den Kindergartenträgern für das Jahr 2010 steht allerdings noch aus. Auch bei der Be-zuschussung der Kleinkindbetreuung ist mit Mehrausgaben zu rechnen, die jedoch durch Mehreinnahmen beim Finanzausgleich teilweise kompensiert werden können. Der Anteil an der Oberflächenentwässerung reduziert sich voraussichtlich um 50.000 €.

Bedingt durch die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer zeichnen sich bei der **Gewerbesteuerumlage** Mehrausgaben von ca. 3,28 Mio. € ab. Dagegen verläuft die **Kreisumlage** planmäßig.

Aufgrund des geänderten Kopfbetrags kommt es bei der **Finanzausgleichsumlage** an das Land zu geringeren Ausgaben von 370.000 €.

Im Verwaltungshaushalt wurden bisher insgesamt 1.590.150 € (Vorjahr: 6.171.314 €) an **über- und außerplanmäßigen Ausgaben** bewilligt. Davon entfallen 83.000 € auf die Einrichtung einer zusätzlichen Gruppe der Kindertagesstätte in der Pflugschule (Dr. Nr. 56/2010), 82.000 € auf Winterdienstfremdleistungen (Dr. Nr. 86/2010), 60.000 € auf die Nutzung des Gebäudes Mond als Provisorium für den Kindergarten St. Martin (Dr. Nr. 264/2009) und 50.000 € für die Brandmeldeanlage in der Mehrzweckhalle Mettenberg (Dr. Nr. 175/2010). Die haushaltsmäßige Deckung der Mehrausgaben wurde in jedem Einzelfall nachgewiesen.

Hinzu kommen noch haushaltsneutrale Mittelum-schichtungen aufgrund der Auflösungen des Unterabschnitts Straßenbe-leuchtung - im Hinblick auf das neue Haushaltsrecht mit 579.000 €.

2.1.3 Entwicklung des Kulturbudgets

Das Abmangelbudget im Kulturbereich beträgt im Jahr 2010 insgesamt 3,444 Mio. €.

Im Bereich des **Kulturbudgets** sind die Mittel auf der Einnahmenseite zu 100,22 % (Vorjahr: 94,54 %) und auf der Ausgabenseite zu 92,45 % (Vorjahr: 96,34 %) bewirtschaftet. Im Jahr 2009 konnte ein Überschuss von 145.316,57 € erwirtschaftet und in das Haushaltsjahr 2010 übertragen werden. Der Stand der Bewirtschaftung beim Kulturbudget liegt im Rahmen der Planung.

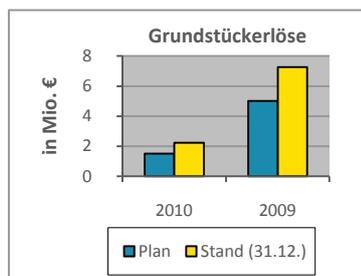
Das Kulturdezernat hat zugesagt, im Rahmen eines Berichtswesens die Leistungen der Kultur und den Ressourcenverbrauch einmal pro

Jahr darzustellen. Daher wird an dieser Stelle auf detaillierte Erläuterungen verzichtet.

2.2 Vermögenshaushalt

2.2.1 Einnahmen

Der Vermögenshaushalt verläuft auf der Einnahmenseite, abgesehen von den nachfolgend dargestellten Veränderungen, weitestgehend planmäßig.



Bei den Einnahmen aus **Grundstücksverkäufen** sind Mehreinnahmen in Höhe von 725.000 € zu verzeichnen.

Bei den **Beiträgen** kommt es zu voraussichtlichen Mehreinnahmen in Höhe von insgesamt 113.500 €, die teilweise aus einem außerordentlichen Erschließungsvertrag für Ausgleichsmaßnahmen resultieren. Dazu kommen Mehreinnahmen bei den Erschließungsbeiträgen von rund 227.400 €, was einem Bewirtschaftungsstand von 131 % des Planansatzes entspricht (Vorjahr: 142 %).

Bei den eingeplanten **Landeszuschüssen** kommt es nach der Schlussabnahme der Schulbaumaßnahmen bei den Gymnasien zu nicht geplanten Einnahmen von rund 88.000 €. Bei den Zuschüssen für die Altlast Lehmgrube sind im Jahr 2010 Einnahmen von 144.000 € eingegangen, deren Auszahlung erst in 2011 eingeplant war.

Die Zuschüsse des Bundes für Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets II werden nach Angaben des Amtes für Gebäudemanagement aufgrund von verzögerten Bauabläufen bei der Mehrzahl der Maßnahmen erst im 1. Quartal 2011 abgerechnet (weitere Erläuterungen unter Ziffer 3).

2.2.2 Ausgaben

Auf der Ausgabenseite zeichnen sich bisher keine erheblichen negativen Abweichungen gegenüber den Planzahlen ab.

Bei der **Zuführung an die Kapitalrücklage** der Stadtwerke Biberach liegt das Ergebnis 450.000 € unter dem Planansatz. Dies resultiert, wie bereits unter Ziff. 2.1.1 erläutert, zum einen aus den reduzierten Erstattungen für den ÖPNV. Außerdem war die Eigenkapitalstärkung für den laufenden Betrieb in Höhe von 300.000 € im Jahr 2010 nicht notwendig.

Beim **Grunderwerb** sind nach Angaben des Liegenschaftsamtes alle Mittel des Jahres 2010 bewirtschaftet. Die noch nicht abgeflossenen Gelder werden als Haushaltsrest ins Folgejahr übertragen.

Beim **Erwerb von beweglichen Sachen** werden voraussichtlich rund 50.000 € eingespart.

Auch die **Baumaßnahmen** verlaufen weitgehend planmäßig. Aufgrund der restriktiven Haushaltsplanung für das Jahr 2010 geht die Verwaltung davon aus, dass die eingeplanten Mittel für Baumaßnahmen vollständig benötigt werden bzw. die noch nicht abgeflossenen Mittel als Haushaltsrest ins Folgejahr übertragen werden. Lediglich der Sperrvermerk für den ursprünglich geplanten weiteren Kunstrasenplatz im Bereich Erlenweg wurde nicht aufgehoben, was den Haushalt um 100.000 € entlastet.

Nach Angaben des Bauverwaltungsamtes reduziert sich der städtische Anteil an den Sanierungsmaßnahmen östliche Innenstadt im Jahr 2010 um 300.000 €. Die sonstigen **Zuschüsse an Dritte** liegen im Rahmen der Planung.

Nach dem derzeitigen Stand sind im Vermögenshaushalt 1.875.437 € (Vorjahr: 6.171.314 €) **über- und außerplanmäßig** bewilligt worden. Davon entfallen 750.000 € auf den neuen Kunstrasenplatz am Erlenweg (Dr. Nr. 133/2010), 400.000 € auf die Erweiterung des Kindergartens St. Nikolaus (Dr. Nr. 88/2010), 148.467 € auf den Aufbau eines Breitbandleerrohrnetzes (Dr. Nr. 139/2010), 130.000 € auf den Zuschuss an den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft für die Sanierung der Wohnungen im Gebäude der Jugendkunstschule (Dr. Nr. 26/2010) und 93.500 € auf die energetische Gesamtsanierung des Kindergartens St. Michael (Dr. Nr. 120/2010).

3. Konjunkturpaket

Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms des Bundes („Konjunkturpaket II“) erhält die Stadt insgesamt Zuwendungen in Höhe von 2.270.916 €. Dabei muss die Stadt einen Eigenanteil von 25 % an den Maßnahmen übernehmen, was 1.085.849 € entspricht. Die einzelnen Maßnahmen wurden in den Berichten zur Haushaltslage zum 30.06.2009 (Dr. Nr. 137/2009) und 30.06.2010 (Dr. Nr. 144/2010) ausführlich dargestellt. Mit den Maßnahmen wurde größtenteils im Jahr 2009 begonnen. Größere Kostenabweichungen sind nach Angaben des Amtes für Gebäudemanagement derzeit nicht ersichtlich.

Die Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets II sollen im 1. Quartal 2011 abgerechnet werden.

4. Kassenliquidität

Die Liquidität der Stadtkasse ist gut. Die derzeit nicht benötigten Mittel konnten in Geldanlagen - entsprechend der Marktlage zu geringen Zinsen - angelegt werden.

5. Zusammenfassung, Ergebnis

Im Haushaltsplan 2010 wurden die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise abgebildet. Entsprechend den damaligen eher düsteren Prognosen wurden die Einnahmeerwartungen reduziert und bei den Ausgaben Kürzungen vorgenommen. Bereits im Sommer 2010 zeichnete sich jedoch ab, dass die wirtschaftliche Erholung in Deutschland wieder schneller an Fahrt gewinnt und damit die Prognosen für den Haushalt der Stadt wieder freundlicher sind.

Positiv wirken sich auf der Einnahmenseite neben den gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen auch höhere Anteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie bei den sonstigen FAG-Zahlungen aus. Damit können die Ausfälle bei den Parkgebühren kompensiert werden.

Auf der Ausgabenseite kommt es im Verwaltungshaushalt zu geringeren Aufwendungen im Personal- und Unterhaltungsbereich, denen jedoch zusätzliche Ausgaben im Bereich Bildung und Betreuung in Form der Abmangelerhöhung für die Kindergärten und höheren Personalkosten wegen der Ausdehnung des Angebots gegenüberstehen. Diese Ausgaben wirken sich nachhaltig auch auf die Folgejahre aus. Eine Entlastung erfährt der Haushalt durch eine geringere FAG-Umlage an das Land. Die Gewerbesteuerumlage fällt, als Folge der höheren Gewerbesteuereinnahmen, entsprechend höher aus.

Die noch ausstehenden Buchungen und die Höhe der Haushaltsreste werden ausschlaggebend sein, ob die geplante umgekehrte Zuführung an den Verwaltungshaushalt im Jahr 2010 in Höhe von 14,05 Mio. € überhaupt erforderlich ist. Aktuell rechnen wir damit, dass das Ergebnis des Verwaltungshaushalts zwischen - 1 Mio. € und + 2 Mio. € liegt, was eine Verbesserung gegenüber der Planung von 13 - 16 Mio. € bedeutet.

Im Vermögenshaushalt verlaufen die Einnahmen und Ausgaben bisher weitgehend planmäßig. Durch die Verbesserung des Verwaltungshaushalts wird auch der Vermögenshaushalt entlastet. Im Ergebnis gehen wir derzeit von einer Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage zwischen 5,70 Mio. € und 8,70 Mio. € aus und damit einer Verbesserung gegenüber der Planung von 13 - 16 Mio. €.

6. Ausblick und mittelfristige Perspektive

Die rasche Erholung der Konjunktur in Deutschland hat sämtliche Finanz- und Wirtschaftsexperten überrascht. Es scheint, als ob Deutschland die Wirtschaftskrise mit einem blauen Auge überstanden und die von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen gewirkt hätten. Dennoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass der Bund hierfür eine Rekordverschuldung in Kauf genommen hat, an deren Abbau sich indirekt auch die Kommunen zu beteiligen haben.

Auch auf Stadtebene spiegelt sich die gute Wirtschaftslage wider. Die Gewerbesteuereinnahmen bleiben weitgehend stabil. Das trifft auch auf den Einkommen- und Umsatzsteueranteil zu sowie auf der Ausgabenseite auf die Finanzausgleichs- und Kreisumlage.

Damit sieht die finanzielle Situation und Perspektive der Stadt wieder deutlich freundlicher aus als noch zu Beginn des Jahres 2010 eingeschätzt.

Dennoch darf die Situation nicht über das grundsätzliche Problem hinweg täuschen, dass wir im Verwaltungshaushalt und damit im operativen Geschäft auch mittelfristig keine nennenswerten Überschüsse erwirtschaften, um einen nachhaltigen Beitrag zum ehrgeizigen Investitionsprogramm zu leisten. Hier wäre eine deutlichere Entlastung des Vermögenshaushalts wünschenswert, um Rücklagenmittel zu schonen.

Allein eine Erhöhung der Kreisumlage oder zusätzliche Folgekosten durch neue Projekte könnten die Situation im Verwaltungshaushalt weiter verschärfen. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass Investitionen nahezu vollständig durch Rücklagenentnahmen finanziert werden müssen, was zu Lasten der Risikovorsorge und somit zur Handlungsfähigkeit der Stadt in Krisenzeiten geht.

Vor diesem Hintergrund muss sich die Stadt nach wie vor auf das Wesentliche konzentrieren und Prioritäten setzen, um auch künftig für Krisenfälle gerüstet zu sein. Die geplante Klausurtagung und die Erstellung einer Prioritätenliste sollen den Blick auf das Wesentliche schärfen und klare Vorgaben schaffen.

Leonhardt